

Niederschrift

der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften am 16.11.2021 öffentlich

Ort: Stadthaus, Kleiner Saal,

Marktplatz 2,

06108 Halle (Saale),

Zeit: 16:32 Uhr bis 17:11 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnahmeverzeichnis

Anwesend waren:

Mitglieder

Dr. Bodo Meerheim Ausschussvorsitzender,

Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale)

Andreas Scholtyssek CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)

Martin Sehrndt AfD-Stadtratsfraktion Halle

Yvonne Winkler Fraktion MitBürger & Die PARTEI,

Vertreterin für Herrn Wolter

Dr. Sven Thomas Fraktion Hauptsache Halle & Freie Wähler,

Teilnahme ab 16:44

Yana Mark Fraktion Freie Demokraten im Stadtrat von Halle (Saale)

Dr. Mario Lochmann Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,

Vertreter für Herrn Feigl

Melanie Ranft Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,

Vertreterin für Frau Dr. Brock

Verwaltung

Egbert Geier Bürgermeister, Beigeordneter Finanzen und Personal

René Rebenstorf Beigeordneter Stadtentwicklung und Umwelt

Dr. Judith Marquardt Beigeordnete Kultur und Sport Katharina Brederlow Beigeordnete Bildung und Soziales

Thomas Stimpel Referent GB I

Ivo SchneiderLeiter Abteilung LiegenschaftenCorinna WolffLeiterin Fachbereich FinanzenVanessa GaebelStellvertretende Protokollführerin

Gäste:

Stephan Holtz Rechtsanwalt

Entschuldigt fehlten:

Rudenz Schramm Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale)

Mario Schaaf CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Dr. Inés Brock Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,

Vertretung durch Frau Ranft

Christian Feigl Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,

Vertretung durch Herrn Dr. Lochmann

Tom Wolter Fraktion MitBürger & Die PARTEI,

Vertretung durch Frau Winkler

Johannes Krause SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)

zu Einwohnerfragestunde

zu Herr Fritz zum Ausgleichsstock für die soziale Gebührenreduzierung in der Haushaltsplanung 2022

Herr Fritz stellte eine Frage zur Gebührensatzung und zur Haushaltssatzung, Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2022 sowie den Beteiligungsbericht 2020.

Herr Geier antwortete.

Herr Fritz äußerte sich dazu.

Herr Dr. Meerheim beendete die Einwohnerfragestunde.

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Herr Dr. Meerheim eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Herr Dr. Meerheim wies darauf hin, dass die TOP 5.1 und 5.1.1 in den Sondersitzungen im Dezember besprochen werden und daher für die heutige Sitzung vertagt werden.

Da es keine weiteren Anmerkungen gab, bat **Herr Dr. Meerheim** um Abstimmung der geänderten Tagesordnung.

Abstimmungsergebnis: bestätigt

Somit wurde folgende geänderte Tagesordnung festgestellt:

Öffentlicher Teil

- 3. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 19.10.2021
- 4. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
- 4.1. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse vom 19.10.2021 Vorlage: VII/2021/03265
- 5. Beschlussvorlagen
- 5.1. Haushaltssatzung, Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2022 sowie den Beteiligungsbericht 2020 Vorlage: VII/2021/03114 VERTAGT

Anträge zum Haushalt 2022

5.1.1. Antrag der CDU-Fraktion zur Erhöhung des städtischen Zuschusses für die Stiftung

	Händel-Haus im Wirtschaftsjahr 2022 Vorlage: VII/2021/03041 VERTAGT
5.2.	Änderung des Baubeschlusses zur Sanierung des Gesamtkomplexes Lyonel-Feininger-Gymnasium, Bauabschnitte 2 und 3 Vorlage: VII/2021/02681
5.3.	Genehmigung von außerplanmäßigen Auszahlungen im Finanzhaushalt für das Haushaltsjahr 2021 im FB Mobilität Vorlage: VII/2021/03235
5.4.	Genehmigung von überplanmäßigen Aufwendungen im Ergebnishaushalt und überplanmäßigen Auszahlungen im Finanzhaushalt für das Haushaltsjahr 2021 im Fachbereich Vorlage: VII/2021/03279
5.5.	Genehmigung von überplanmäßigen Aufwendungen im Ergebnishaushalt und überplanmäßigen Auszahlungen im Finanzhaushalt für das Haushaltsjahr 2021 im Fachbereich Bildung Vorlage: VII/2021/03280
5.6.	Wirtschaftsplan 2022 Eigenbetrieb Kindertagesstätten Stadt Halle (Saale) Vorlage: VII/2021/02786
5.7.	Wirtschaftsplan 2022 der Entwicklungs- und Verwaltungsgesellschaft Halle-Saalkreis mbH Vorlage: VII/2021/03251
5.8.	Wirtschaftsplan 2022 der Entwicklungsgesellschaft Industriegebiet Halle-Saalkreis mbH & Co. KG Vorlage: VII/2021/03252
5.9.	Wirtschaftsplan 2022 der Bio-Zentrum Halle GmbH Vorlage: VII/2021/03253
5.10.	Wirtschaftsplan 2022 der Zoologischer Garten Halle GmbH Vorlage: VII/2021/03254
6.	Anträge von Fraktionen und Stadträten
6.1.	Antrag der AfD-Stadtratsfraktion zur Stärkung des gesellschaftlichen Engagements im Zivil- und Katastrophenschutz Vorlage: VII/2021/02740
6.2.	Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Ertüchtigung und Sanierung der Radinfrastruktur Vorlage: VII/2021/03094
7.	schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
8.	Mitteilungen
9.	Beantwortung von mündlichen Anfragen
10.	Anregungen

Nicht öffentlicher Teil

11.	Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 19.10.2021		
12.	Beschlussvorlagen		
12.1.	Wahl des Wirtschaftsprüfers für die Jahresabschlussprüfung 2021 der Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH Vorlage: VII/2021/03240		
12.2.	Wahl des Abschlussprüfers für den Jahresabschluss 2021 der Entwicklungsgesellschaft Industriegebiet Halle-Saalkreis mbH & Co. KG Vorlage: VII/2021/03259		
12.3.	unbefristete Niederschlagung Vorlage: VII/2021/03236		
12.4.	Verkauf eines kommunalen Grundstücks Vorlage: VII/2021/03203		
12.5.	Verkauf eines kommunalen Grundstücksanteils Vorlage: VII/2021/03104		
12.6.	Forderungen gegen einen freien Träger Vorlage: VII/2021/03256		
13.	Anträge von Fraktionen und Stadträten		
14.	schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten		
15.	Mitteilungen		
15.1.	Information und Vorlage des 2./21 Beteiligungs-Reportes über städtische Beteiligungen Vorlage: VII/2021/03109		
15.2.	Mitteilung personalrechtlicher Maßnahmen Oktober 2021		
16.	Beantwortung von mündlichen Anfragen		
17.	Anregungen		

zu 3 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 19.10.2021

Es gab keine Einwendungen gegen die Niederschrift vom 19.10.2021.

Abstimmungsergebnis: bestätigt

zu 4 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse zu 4.1 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse vom 19.10.2021 Vorlage: VII/2021/03265 Die Beschlüsse der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse vom 19.10.2021 wurden ausgehangen und zur Kenntnis genommen. zu 5 Beschlussvorlagen Haushaltssatzung, Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2022 sowie den zu 5.1 Beteiligungsbericht Vorlage: VII/2021/03114 Abstimmungsergebnis: vertagt Beschlussvorschlag: 1. Der Stadtrat beschließt die Haushaltssatzung 2022 mit dem Haushaltsplan 2022. 2. Der Stadtrat nimmt den Beteiligungsbericht 2020 zur Kenntnis. Anträge zum Haushalt 2022 zu zu 5.1.1 Antrag der CDU-Fraktion zur Erhöhung des städtischen Zuschusses für die Händel-Haus im Wirtschaftsjahr 2022 Stiftung Vorlage: VII/2021/03041

Abstimmungsergebnis:

vertagt

Beschlussvorschlag:

Der Zuschuss der Stadt Halle (Saale) zur Stiftung Händel-Haus wird im Jahr 2022 um 50T€ auf insgesamt 1.978.000 € erhöht.

zu 5.2 Änderung des Baubeschlusses zur Sanierung des Gesamtkomplexes Lyonel-Feininger-Gymnasium, Bauabschnitte 2 und 3 Vorlage: VII/2021/02681

Herr Dr. Meerheim wies darauf hin, dass es 18:30 Uhr eine Lüftungspause geben wird.

Da es keine Wortmeldungen gab, bat **Herr Dr. Meerheim** die Mitglieder um die Abstimmung der Beschlussvorlage.

zu 5.2 Änderung des Baubeschlusses zur Sanierung des Gesamtkomplexes Lyonel-Feininger-Gymnasium, Bauabschnitte 2 und 3 Vorlage: VII/2021/02681

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

Beschlussempfehlung:

- Der Stadtrat beschließt die Änderung des Baubeschlusses vom 28.03.2018 (VI/2017/03645) zur Sanierung des Gesamtkomplexes Lyonel-Feininger-Gymnasium mit einem erhöhten Kostenrahmen.
- 2. Der Stadtrat beschließt eine überplanmäßige Verpflichtungsermächtigung (VE) für das Haushaltsjahr 2021 im Finanzhaushalt für folgende Investitionsmaßnahme:

PSP-Element 8.21701018.700 Projekt: Lyonel-Feininger-Gymnasium (HHPL Seiten 1072, 1295, 1317)

Finanzpositionsgruppe 785* Auszahlungen für Baumaßnahmen in Höhe von 986.500 EUR.

Die Deckung im Finanzhaushalt erfolgt aus folgender Investitionsmaßnahme:

PSP-Element 8.21101048.700 Projekt: Grundschule Am Kirchteich (mit Digitalpakt) (HHPL Seiten 1019, 1297, 1316)

Finanzpositionsgruppe 785* Auszahlungen für Baumaßnahmen in Höhe von 986.500 EUR

zu 5.3 Genehmigung von außerplanmäßigen Auszahlungen im Finanzhaushalt für das Haushaltsjahr 2021 im FB Mobilität Vorlage: VII/2021/03235

Da es keine weiteren Wortmeldungen gab, bat **Herr Dr. Meerheim** die Mitglieder um die Abstimmung der Beschlussvorlage.

zu 5.3 Genehmigung von außerplanmäßigen Auszahlungen im Finanzhaushalt für das Haushaltsjahr 2021 im FB Mobilität Vorlage: VII/2021/03235

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Der Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften beschließt die außerplanmäßigen Auszahlungen für das Haushaltsjahr 2021 im Finanzhaushalt für folgende Investitionsmaßnahmen:

1. PSP-Element 8.54101175.700 Radweg Veszpremer Str./ Schleife Südstadt

Folgemaßnahme Stadtbahnprogramm

Finanzpositionsgruppe 7815* Auszahlungen für Zuschüsse für Investitionsfördermaßnahmen an verbundene Unternehmen in Höhe von **182.900 EUR**.

2. PSP-Element 8.54101176.700 Radweg Steintor Folgemaßnahme Stadtbahnprogramm

Finanzpositionsgruppe 7815* Auszahlungen für Zuschüsse für Investitionsfördermaßnahmen an verbundene Unternehmen in Höhe von **113.500 EUR**.

Die Deckung im Finanzhaushalt erfolgt aus folgender Finanzstelle:

PSP-Element 8.54101143.700 Delitzscher Str./ Reideburg

Finanzpositionsgruppe 785* Auszahlungen für Tiefbaumaßnahmen in Höhe von **296.400 EUR.**

zu 5.4 Genehmigung von überplanmäßigen Aufwendungen im Ergebnishaushalt und überplanmäßigen Auszahlungen im Finanzhaushalt für das Haushaltsjahr 2021 im Fachbereich Bildung Vorlage: VII/2021/03279

Frau Ranft fragte, ob die Stadtverwaltung auch 2022 mit zwei Millionen Euro rechnet.

Frau Brederlow antwortete, dass jedes Jahr neu mit den Trägern verhandelt wird, sodass keine konkrete Angabe gegeben werden kann, was bei den freien Trägern dann an möglichem Mehraufwand kommt. Sie merkte an, dass das Kinderförderungsgesetz momentan auch noch in der Beratung ist. Sie sagte, dass dann auch die Refinanzierung des Landes betrachtet werden muss.

Herr Dr. Meerheim fragte, ob in den Verhandlungsergebnissen auch zum Beispiel, die Zuschüsse an die freien Träger für Investition mit enthalten sind.

Frau Brederlow antwortete, dass dies in dem Bereich freie Träger im Ergebnishaushalt mit enthalten ist.

Herr Dr. Meerheim fragte, ob es sein kann, dass es im nächsten Jahr nicht so viele sind.

Frau Brederlow bejahte dies, da die Höhe der Zuschüsse immer davon abhängt, wie viele Investitionen im jeweiligen Jahr tatsächlich umgesetzt werden.

Herr Dr. Meerheim fragte ob, auch weniger ausgezahlt werden kann, wenn keine Investitionszuschüsse in Größenordnungen realisiert werden, trotzt steigender Personalkosten.

Frau Brederlow bejahte dies, an der Stelle würden Programme von Bund und Land helfen, die oftmals kurzfristig dazu kommen. Gerade im investiven Bereich sind die Abschätzungen des genauen Bedarfs für die Folgejahre immer schwer zu kalkulieren.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gab, bat **Herr Dr. Meerheim** die Mitglieder um die Abstimmung der Beschlussvorlage.

zu 5.4 Genehmigung von überplanmäßigen Aufwendungen im Ergebnishaushalt und überplanmäßigen Auszahlungen im Finanzhaushalt für das Haushaltsjahr 2021 im Fachbereich Bildung Vorlage: VII/2021/03279

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

Beschlussempfehlung:

- I. Der Stadtrat beschließt die überplanmäßigen Aufwendungen für das Haushaltsjahr 2021 im Ergebnishaushalt für folgendes Produkt im Fachbereich Bildung:
- 1.36501 Betrieb von Kindertageseinrichtungen (HHPL S. 1187) Sachkontengruppe 53* Transferaufwendungen in Höhe von **2.270.973 EUR**.
- II. Der Stadtrat beschließt die überplanmäßigen Auszahlungen für das Haushaltsjahr 2021 im Finanzhaushalt für folgende Finanzstelle im Fachbereich Bildung:

21 4-510 2 Jugend (HHPL S. 1191)

Finanzpositionsgruppe 73* Transferauszahlungen in Höhe von **2.270.973 EUR**.

Die Deckung im Ergebnishaushalt erfolgt aus folgendem Produkt:

1.36101 Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen (HHPL S. 1147) Sachkontengruppe 44* Privatrechtliche Leistungsentgelte und Kostenerstattungen in Höhe von **1.976.357 EUR**

Sowie aus folgendem Teilhaushalt:

21_4-510_1 Schulen (HHPL S. 954)

Sachkontengruppe 54* Sonstige ordentliche Aufwendungen in Höhe von 294.616 EUR.

Die Deckung im Finanzhaushalt erfolgt aus folgenden Finanzstellen:

21 4-510 2 Jugend (HHPL S. 1191)

Finanzpositionsgruppe 64* Privatrechtliche Leistungsentgelte, Kostenerstattungen und Kostenumlagen in Höhe von **1.976.357 EUR**

21_4-510_1 Schulen (HHPL S. 1004)

Finanzpositionsgruppe 74* Sonstige Auszahlungen in Höhe von 294.616 EUR.

zu 5.5 Genehmigung von überplanmäßigen Aufwendungen im Ergebnishaushalt und überplanmäßigen Auszahlungen im Finanzhaushalt für das Haushaltsjahr 2021 im Fachbereich Bildung Vorlage: VII/2021/03280

Herr Scholtyssek fragte, warum kurz vor Jahresende für diesen Bereich immer nochmal ein Nachschlag beschlossen wird und ob sich dies nicht besser im Haushalt planen lässt. Des Weiteren fragte er, wie das inhaltlich begründet ist und ob noch weitere Kosten entstehen. Zur Deckung fragte er, ob die 6 Millionen Euro bei den Kosten der Unterkunft (KdU) und Heizung tatsächlich nicht benötigt werden.

Frau Brederlow antwortete, dass es sich nicht vermeiden lässt, dass im Bereich Hilfen zur Erziehung Anpassungen vorgenommen werden müssen, da nicht kalkulierbar ist, wie viele Hilfen zur Erziehung in dem laufenden Jahr notwendig sind. Sie sagte, dass sich dies gem. SGB VIII inhaltlich begründen lässt. Zu den KdU, sagte sie, dass davon ausgegangen wird, dass 2021 die Mittel nicht in der geplanten Höhe verbraucht werden.

Herr Dr. Lochmann fragte, ob es nicht sinnvoller ist, die Zahlen, die jetzt für das Jahresende prognostiziert sind, zu Hilfen zur Erziehung und den Kosten der Unterkunft, im Haushalt anzusetzen.

Frau Brederlow antwortete, dass dies stark abhängig von der Entwicklung ist und besonders der Bereich Hilfen zur Erziehung sehr schwer kalkulierbar ist.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gab, bat **Herr Dr. Meerheim** die Mitglieder um die Abstimmung der Beschlussvorlage.

zu 5.5 Genehmigung von überplanmäßigen Aufwendungen im Ergebnishaushalt und überplanmäßigen Auszahlungen im Finanzhaushalt für das Haushaltsjahr 2021 im Fachbereich Bildung Vorlage: VII/2021/03280

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

Beschlussempfehlung:

- I. Der Stadtrat beschließt die überplanmäßigen Aufwendungen für das Haushaltsjahr 2021 im Ergebnishaushalt für folgendes Produkt im Fachbereich Bildung:
- 1.36303 Hilfe zur Erziehung von Minderjährigen (HHPL S. 1163) Sachkontengruppe 53* Transferaufwendungen in Höhe von **6.162.808 EUR**.
- II. Der Stadtrat beschließt die überplanmäßigen Auszahlungen für das Haushaltsjahr 2021 im Finanzhaushalt für folgende Finanzstelle im Fachbereich Bildung:

21 4-510 2 Jugend (HHPL S. 1191)

Finanzpositionsgruppe 73* Transferauszahlungen in Höhe von 6.162.808 EUR.

Die Deckung im Ergebnishaushalt erfolgt aus folgendem Produkt:

1.31210 Leistungen für Unterkunft und Heizung gem. SGB II (HHPL S. 910) Sachkontengruppe 54* Sonstige ordentliche Aufwendungen in Höhe von **6.162.808 EUR.**

Die Deckung im Finanzhaushalt erfolgt aus folgender Finanzstelle:

21_4_500 FB Soziales (HHPL S. 947)

Finanzpositionsgruppe 74* Sonstige Auszahlungen in Höhe von 6.162.808 EUR.

zu 5.6 Wirtschaftsplan 2022 Eigenbetrieb Kindertagesstätten Stadt Halle (Saale) Vorlage: VII/2021/02786

Da es keine Wortmeldungen gab, bat **Herr Dr. Meerheim** die Mitglieder um die Abstimmung der Beschlussvorlage.

Abstimmungsergebnis:

Beschlussempfehlung:

Der Stadtrat stimmt dem Wirtschaftsplan 2022 des Eigenbetriebes Kindertagesstätten der Stadt Halle (Saale) in vorliegender Fassung zu.

Wirtschaftsplan 2022:

Erfolgsplan

Gesamterträge 60.933.556,48 EUR

Gesamtaufwendungen 60.933.556,48 EUR

Vermögensplan

Gesamteinnahmen 11.238.867,28 EUR Gesamtausgaben 11.238.867,28 EUR

Im Wirtschaftsplan 2022 sind Kreditaufnahmen und Verpflichtungsermächtigungen sowie Kassenkredite nicht vorgesehen.

zu 5.7 Wirtschaftsplan 2022 der Entwicklungs- und Verwaltungsgesellschaft Halle-Saalkreis mbH

Vorlage: VII/2021/03251

Da es keine Wortmeldungen gab, bat **Herr Dr. Meerheim** die Mitglieder um die Abstimmung der Beschlussvorlage.

zu 5.7 Wirtschaftsplan 2022 der Entwicklungs- und Verwaltungsgesellschaft Halle-Saalkreis mbH

Vorlage: VII/2021/03251

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Der Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften der Stadt Halle (Saale) weist den Oberbürgermeister als gesetzlichen Vertreter der

Gesellschafterin Stadt Halle (Saale) an, in der Gesellschafterversammlung der Entwicklungsund Verwaltungsgesellschaft Halle-Saalkreis mbH folgenden Beschluss zu fassen:

- 1. Der Wirtschaftsplan 2022 wird genehmigt.
- 2. Die Mittelfristplanung bis 2026 wird zur Kenntnis genommen.

zu 5.8 Wirtschaftsplan 2022 der Entwicklungsgesellschaft Industriegebiet Halle-Saalkreis mbH & Co. KG Vorlage: VII/2021/03252

Da es keine Wortmeldungen gab, bat **Herr Dr. Meerheim** die Mitglieder um die Abstimmung der Beschlussvorlage.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Der Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften der Stadt Halle (Saale) weist den Oberbürgermeister als gesetzlichen Vertreter der Gesellschafterin Stadt Halle (Saale) an, in der Gesellschafterversammlung der Entwicklungsgesellschaft Industriegebiet Halle-Saalkreis mbH & Co. KG folgenden Beschluss zu fassen:

Beschlusstext:

- 1. Der Wirtschaftsplan 2022 wird genehmigt.
- 2. Die Mittelfristplanung bis 2026 wird zur Kenntnis genommen.

zu 5.9 Wirtschaftsplan 2022 der Bio-Zentrum Halle GmbH Vorlage: VII/2021/03253

Da es keine Wortmeldungen gab, bat **Herr Dr. Meerheim** die Mitglieder um die Abstimmung der Beschlussvorlage.

zu 5.9 Wirtschaftsplan 2022 der Bio-Zentrum Halle GmbH Vorlage: VII/2021/03253

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Der Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften der Stadt Halle (Saale) weist den Oberbürgermeister als gesetzlichen Vertreter der Gesellschafterin Stadt Halle (Saale) an, in der Gesellschafterversammlung der Bio-Zentrum Halle GmbH folgenden Beschluss zu fassen:

Der Wirtschaftsplan für das Jahr 2022 wird genehmigt.

Die Mittelfristplanung bis 2026 wird zur Kenntnis genommen.

zu 5.10 Wirtschaftsplan 2022 der Zoologischer Garten Halle GmbH

Vorlage: VII/2021/03254

Frau Ranft regte an, dass der Zoologischer Garten Halle GmbH über die Bildungsarbeit im Bildungsausschuss berichtet.

Da es keine Wortmeldungen gab, bat **Herr Dr. Meerheim** die Mitglieder um die Abstimmung der Beschlussvorlage.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Der Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften der Stadt Halle (Saale) weist den Oberbürgermeister als gesetzlichen Vertreter der Gesellschafterin Stadt Halle (Saale) an, in der Gesellschafterversammlung der Zoologischer Garten Halle GmbH folgenden Beschluss zu fassen:

- 1. Der Wirtschaftsplan 2022 wird genehmigt.
- 2. Die Mittelfristplanung bis 2026 wird zur Kenntnis genommen.

zu 6 Anträge von Fraktionen und Stadträten

zu 6.1 Antrag der AfD-Stadtratsfraktion zur Stärkung des gesellschaftlichen Engagements im Zivil- und Katastrophenschutz Vorlage: VII/2021/02740

Herr Sehrndt führte in den Antrag der AfD-Fraktion ein und bat um Zustimmung.

Da es keine Wortmeldungen gab, bat **Herr Dr. Meerheim** die Mitglieder um die Abstimmung des Antrages.

zu 6.1 Antrag der AfD-Stadtratsfraktion zur Stärkung des gesellschaftlichen Engagements im Zivil- und Katastrophenschutz Vorlage: VII/2021/02740

<u>Abstimmungsergebnis:</u>

mehrheitlich abgelehnt

Beschlussvorschlag:

- 1. Die Verwaltung wird beauftragt ein Konzept zu erarbeiten, welches ehrenamtlich in Halle im Zivil- und Katastrophenschutz organisierten tätigen Bürgern kostenfreien Eintritt zur körperlichen Ertüchtigung und Gesunderhaltung in städtische Schwimmbäder und Schwimmhallen gewährt. Eine eventuell gewährte Aufwandspauschale für das Ehrenamt bleibt dabei anrechnungsfrei.
- Zur Stärkung dieses ehrenamtlichen Engagements wird monatlich quartalsweise eine Familienfreikarte für einen gemeinsamen Besuch der Engagierten aktiven Ehrenamtlichen gemeinsam mit den Angehörigen im Spaßbad Maya Mare zur Verfügung gestellt.
- 3. Das Konzept wird im Zuge der Haushaltsberatungen Ende 2021 dem Stadtrat zur Diskussion und Beschlussfassung vorgelegt.

zu 6.2 Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Ertüchtigung und Sanierung der Radinfrastruktur Vorlage: VII/2021/03094

Frau Ranft lehnte den Antrag ab, da die aufgeführten Straßen auch im Stadtbahnprogramm enthalten sind und sie die Argumentation der Verwaltung nachvollziehen kann, dass dafür nicht genügend Mittel zur Verfügung stehen.

Herr Rebenstorf wies darauf hin, dass, wenn die Radwege nur mit Fördermitteln instand gesetzten werden, was die Intention der SPD ist, die Folge ist, dass eine Fördermittelbindefrist entsteht. Die Umsetzung könnte mit den Vorhaben im Rahmen des Stadtbahnprogramms kollidieren, so dass gegebenenfalls Fördermittel zurückgezahlt werden müssen. Er sagte, dass, wenn eine Sanierung der Radinfrastruktur erfolgen soll, dies nur mit städtischen Mitteln geht.

Herr Dr. Lochmann fragte, ob die Fördermittel nur für Investitionsmaßnahmen sind, da auch ein Teil der Radwege mit Reparaturen etc. in einen besseren Zustand gebracht werden können, oder ob auch Mittel für Sanierungen von Radwegen aus den Förderprogrammen bereitgestellt werden können.

Herr Rebenstorf antwortete, dass bisher viele Projekte über dieses Förderprogramm auf den Weg gebracht wurden, wo die Wege grundhaft ausgebaut oder erstmalig hergestellt werden.

Herr Dr. Lochmann sagte erneut, dass es Maßnahmen gibt, die keine grundhafte Sanierung darstellen, sondern eine einfache Sanierung von Radwegen, wie zum Beispiel eine neue Teerdecke, welche keine Investitionen ist, sondern unter Aufwand fällt. Er fragte erneut, ob solch eine einfache Sanierung aus dem Förderprogramm genommen werden kann.

Herr Rebenstorf verneinte dies.

Herr Dr. Meerheim sagte, dass in der Stellungnahme steht, dass nach den vorliegenden Informationen, das Programm bis 2023 abgeschlossen sein muss und sagte, dass das sehr unbestimmt ist. Er bat um eine Erläuterung.

Herr Rebenstorf antwortete, dass bei dem Fördermittelprogramm immer eine Frist gesetzt wird und nach jetzigem Informationsstand das Programm bis 2023 fertigstellt sein muss. Er sagte, dass eine Verlängerung vorgenommen werden kann.

Herr Dr. Meerheim sagte, dass in der Regel festgelegt ist, für welchen Zeitraum das Programm gilt und bis wann die Investitionen, die in diesem Förderprogramm getätigt werden, beendet sein müssen, damit eine fristgerechte Abrechnung der Fördermittel erfolgen kann.

Herr Rebenstorf merkte an, dass eine physische bauliche Herstellung in dem Zeitraum erfolgen muss, aber die Abrechnung auch später erfolgen kann. Er sicherte eine vertiefte Prüfung bis zum nächsten Stadtrat zu.

Herr Dr. Lochmann bat ebenfalls bis zum Stadtrat um eine Erläuterung, ob zum Beispiel eine neue Teerdecke, also eine einfache Sanierung über das Förderprogramm gedeckt werden kann.

Herr Geier antwortete, dass nur Neu-, Umbau- und Ausbaumaßnahmen von Radverkehrsanlagen gefördert werden und keine Unterhaltung.

Herr Dr. Meerheim sagte, dass Ausbau fast eine Instandsetzung ist.

Herr Rebenstorf sagte, dass mit Ausbau der grundhafte Ausbau gemeint ist, also nicht nur eine neue Asphaltschicht. Bezüglich der Zeitschiene des Programmes sicherte er eine Information im Stadtrat zu.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gab, bat **Herr Dr. Meerheim** die Mitglieder um die Abstimmung des Antrages.

zu 6.2 Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Ertüchtigung und Sanierung der Radinfrastruktur Vorlage: VII/2021/03094

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich abgelehnt

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt einen Förderantrag zum erweiterten Bund-Länder Programm des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur zur Ertüchtigung und Sanierung der Radinfrastruktur vorzubereiten. Als mögliche Vorhaben sollen die Sanierung von Radwegen in der Bernburger Straße, Dessauer Straße, Paracelsusstraße, Nietlebener Straße, Böllberger Weg, Rennbahn, Magdeburger Straße, Seebener Straße vorgesehen werde

zu 7 schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten

Es gab keine schriftlichen Anfragen von Fraktionen und Stadträten.

zu 8 Mitteilungen

zu 8.1 Information zur Aufhebung des Stadtratsbeschlusses vom 17.02.2021 zur Beantragung weiterer Fördermittel für die Modernisierungs- und Instandsetzungsmaßnahme Scheibe C

Herr Rebenstorf bat um das Rederecht für den Rechtsanwalt Herrn Holtz.

Herr Dr. Meerheim bat die Mitglieder um die Abstimmung des Rederechts für Herrn Holtz.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

Herr Rebenstorf und Herr Holtz informierten anhand einer Präsentation zur Aufhebung des Stadtratsbeschlusses vom 17.02.2021 zur Beantragung weiterer Fördermittel für die Modernisierungs- und Instandsetzungsmaßnahme Scheibe C.

Eine Präsentation ist im Session hinterlegt.

zu 9	Beantwortung von mündliche	n Anfragen
Es gab l	keine mündlichen Anfragen.	
zu 10	Anregungen	
	eine Anregungen gab, beendete He Herstellung der Nichtöffentlichkeit.	err Dr. Meerheim die öffentliche Sitzung und bat
	o Meerheim ussvorsitzender	Vanessa Gaebel stellvertretende Protokollführerin